

A3 / 2024 / XVII

Datum: 23.02.2024

A N T R A G
der Fraktion DIE LINKE
an die Verbandsversammlung

**Ergänzender Haushaltsantrag zum Haushaltsentwurf 2024;
Housing-First Modellprojekte in der Eingliederungshilfe umsetzen**

- Antrag der Fraktion DIE LINKE -

Beratungsfolge	Termin	Entscheidung
Ausschuss für Soziales	05.03.2024	vorberatend
Haushalts- und Finanzausschuss	08.03.2024	vorberatend
Verbandsversammlung	20.03.2024	beschließend

Finanzielle, personelle und organisatorische Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen im laufenden Haushaltsjahr / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €				
Stehen Mittel zur Verfügung? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja		Produkt / Sachkonto:		Wird ein Antrag auf überplanmäßige / außerplan-mäßige Ausgaben gestellt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Ist die Begründung der Unabweisbarkeit der Kosten in Sachverhalts-darstellung enthalten? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja		Finanzielle Auswirkungen in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €		
Auswirkungen auf den Stellenplan im lfd. Haushalts- / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja		Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja		
Auswirkungen auf den Stellenplan in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja		Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja		
Kosten insgesamt €	Belastung LWV €	Beteiligung Dritter €	Ergänzende Darstellung zu den finanziellen Auswirkungen siehe unter Ziffer der Begründung.	
Veranschlagung im Teilergebnishaushalt <input type="checkbox"/>	im Teilfinanzhaushalt -Investitionstätigkeit- <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Nein	€ <input type="checkbox"/> Ja €	Sachkonto

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung beauftragt den Verwaltungsausschuss folgenden Ansatz zu erhöhen:

Produktbereich 05 Soziale Leistungen

Produktgruppe 05030 FB SGB IX/XII

Produkt 0503041 Hilfen z.Überwindung bes.soz.Schwierigkeiten

Pos. 17. Transferaufwendungen

Ansatz VA : 50.028.835 Euro

Ansatz DIE LINKE: 55.028.835 Euro

Begründung

Die Obdachlosigkeit ist in Hessen stark angestiegen: Ende Januar 2023 lebten 22.645 wohnungslose Menschen in Notunterkünften, ein Jahr zuvor waren es noch 12.110. Das entspricht einem Anstieg um 87 Prozent. Gleichzeitig gehen aber die stationären Leistungen im LWV nach 67 SGB XII zurück.

Sicherlich ist in diesem Zusammenhang der Hinweis richtig, dass Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit nicht gleichzusetzen sind mit einem Anspruch auf Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII und Fallzahlveränderungen der in Notunterkünften untergebrachten Menschen nicht notwendigerweise zu Fallzahlveränderungen im Bereich der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII führen müssen. Auch ist zutreffend, dass eklatante Fallzahlensteigerungen auf die Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine zurückzuführen sind.

Dennoch gibt es mittlerweile einen fachlichen Konsens, dass das derzeit bestehende Stufenmodell der deutschen Sozialgesetzgebung, in dem ein Umzug zwischen verschiedenen Wohnformen erst nach der Bewältigung verschiedener Problemlagen (Abstinenz etc.) vorgesehen ist, der Beseitigung von Wohnungslosigkeit entgegensteht. Man geht vom Notquartier zum Übergangswohnen und dann erst in die eigene Wohnung. Viele Menschen schaffen aber die Übergänge nicht. Die deutsche Sozialgesetzgebung arbeitet mit einem Modell der „Wohnfähigkeit“, was bedeutet, dass andere Probleme, die zur Wohnungslosigkeit geführt haben, zuerst behoben werden müssen und erst dann eine Wohnung bezogen werden soll.

Der Leitgedanke von „Housing-First“ beruht im Gegenteil dazu auf der Annahme, dass Wohnen ein Menschenrecht ist und die eigene Wohnung als Schutzraum und Basis für eine erfolgreiche Lebensbewältigung dient. Deswegen sollten zusammen mit der Hessischen Landesregierung und den Kommunen Modellprojekte beim LWV Hessen eingerichtet werden. Da zu einem solchen Projekt auch genügend Sozialwohnungen gehören, sollte der Ansatz um 5 Millionen Euro erhöht werden.

gez. Gizem Erinc-Ciftci (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE)

gez. Anna Hofmann (Stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE)